

Frank Stern

Die deutsche Einheit und das Problem des Antisemitismus

Angesichts der immensen politischen, sozialen und kulturellen Probleme, wie sie sich Monat für Monat seit der Herstellung des neuen deutschen Nationalstaates aufhäufen, scheint die Frage nach dem deutschen Antisemitismus marginal zu sein. Stellt die Fremdenfeindschaft nicht eine allgemeine politisch-kulturelle Gefahr dar? Sind die vorurteilsbeladenen Prozesse deutsch-deutscher Annäherung nicht komplexer als die Vereinigungseuphorie von 1989/90 vermuten ließ? Schließlich, stellt der befürchtete Zustrom Hunderttausender Osteuropäer, Asiaten und Afrikaner nicht ein neues innerdeutsches Problem dar, dessen Lösung von vornherein außerordentlich konfliktbeladen ist? Die Relevanz derartiger Fragen soll nicht in Abrede gestellt werden, und dennoch macht es stutzig, mit welcher Intensität das deutsch-jüdische Verhältnis, individuelle und gesellschaftlich wirksame Einstellungen und Haltungen, die Juden betreffen, in den zwei Jahren des Einigungsprozesses eine Rolle gespielt haben. Beunruhigend große Teile der deutschen Bevölkerung legen negative Haltungen gegenüber Juden, Israel und gegenüber der Erinnerung an die deutsche antijüdische Vernichtungspolitik an den Tag. Dies ist insofern zu betonen, als Antisemitismus sich nicht auf Meinungen über die jeweilige jüdische Bevölkerungsgruppe oder antijüdische Aktivitäten wie den Radauantisemitismus beschränken läßt. Der gegenwärtige Antisemitismus hat einen historischen, sich auf die Erinnerung an die Verbrechen des Dritten Reiches beziehenden, sowie einen überregionalen, sich auf Israel beziehenden Kontext.

Meinungsumfragen seit 1989¹ belegen die Kontinuität antisemitischer Meinungen und abgestufter negativer Einstellungen gegenüber Juden, Israel und der Erinnerung an die Massenvernichtung² in mindestens einem Drittel der deutschen Bevölkerung, und das ist bei einem 80 Millionen-Volk nicht gerade wenig. Der beunruhigende gemeinsame Nenner dieser Umfragen ist das Anwachsen des jugendlichen Antisemitismus und der Wunsch bei über der Hälfte der Bevölkerung, unter die Vergangenheit des Dritten Reiches endlich einen Schlußstrich zu ziehen. Dies widerlegt zunächst die lange Jahre vertretene Auffassung, der deutsche Antisemitismus und diesem entsprechende Dispositionen würden mit dem Verschwinden derjenigen Generationen vergehen, die unter der Ägide des Nationalsozialismus aufgewachsen sind. Wie entsprechende Umfragen zeigen, ist dies mutatis mutandis auch auf Österreich zu beziehen.³ Jahrzehnte nach dem Niedergang des Dritten Reiches und der Besetzung Deutschlands und Österreichs durch die Alliierten kann die Kontinuität antisemitischer Traditionen nicht übersehen werden.⁴

1 Vgl. David A. Jodice, *United Germany and Jewish concerns. Attitudes toward Jews, Israel, and the Holocaust. Working papers on contemporary anti-Semitism. The American Jewish Committee, New York 1991*; Mehr verdrängt als bewältigt, in: *Der Spiegel* vom 13. Jänner 1992, 52 f.; Jeder achte Deutsche ein Antisemit, in: *Der Spiegel* vom 20. Jänner 1992, 41 f.; Werner Bergmann u. Rainer Erb, *Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946–1989, Opladen 1991*; dies., *Privates Vorurteil und öffentliche Konflikte. Der Antisemitismus in Westdeutschland nach 1945, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 1 (1992), 13 f.*; Günther Bernd Ginzel, Hg., *Antisemitismus. Erscheinungsformen der Judenfeindschaft gestern und heute, Köln 1991*.

2 Der in der deutschsprachigen Literatur und in den Medien üblicherweise für den rassistischen Vernichtungsantisemitismus und für die Politik des Massenmordens benutzte amerikanische Begriff Holocaust wird hier nicht verwendet. Der importierte Begriff Holocaust stellt eine semantische und inhaltliche Distanz her, die den durch das Dritte Reich verübten Verbrechen an den Juden Europas nicht gerecht wird. Der Begriff Holocaust ist darüber hinaus in der deutschen und österreichischen politischen Kultur erst nach der Ausstrahlung der amerikanischen Fernsehserie gleichen Namens im Jahr 1979 verankert worden. Auf damit zusammenhängende Probleme wird weiter unten eingegangen.

3 Vgl. Fritz Karmasin, *Austrian attitudes toward Jews, Israel and the Holocaust. Working papers on contemporary anti-Semitism. The American Jewish Committee, New York 1992*; sowie Jennifer Golub, *Recent trends in Austrian anti-Semitism. The American Jewish Committee, New York 1991*.

4 Für Österreich vgl. u. a. John Bunzl u. Bernd Marin, *Antisemitismus in Österreich. Sozialhistorische und soziologische Studien, Innsbruck 1983*; Gerhard Botz, *Österreich und die*

Aber auch die These, daß Antisemitismus und Rassismus identisch seien, die Überwindung des NS-Rassismus mithin eine Überwindung des Antisemitismus impliziere, ist gefallen. Abgesehen von im gesellschaftlichen Bewußtsein nach wie vor existenten Residuen des traditionellen Rassismus ist der zeitgenössische Antisemitismus entschieden weiter zu fassen. Antisemitismus sei hier verstanden als wie auch immer geartete Diskriminierung und Delegitimierung der individuellen oder kollektiven sozialen, kulturellen, religiösen oder politischen Existenz von Juden, sei es als mehr oder weniger integrierte Bevölkerungsgruppe, oder sei es als jüdischer Staat. Selbst wo der Juden betreffende Diskurs nicht alle diese Elemente berührt, müssen sie als kultureller abendländischer Kontext mitgedacht werden. Erfolgt dies nicht, ergeben sich Halbheiten und Ungereimtheiten nicht allein im Hinblick auf die Antisemitismus-Analyse, sondern auch auf die Bekämpfung und Überwindung des antisemitischen Übels. So gesehen, war die Reaktion auf den Vernichtungsantisemitismus und die antijüdischen Traditionen, wie sie mit dem Dritten Reich staatspolitische Norm geworden waren, in der Nachkriegszeit mit dem Makel behaftet, antijüdischen Dispositionen und Manifestationen nur partiell entgegenzuwirken.

Nach 1945 wurde der offizielle, rassische und genozide Antisemitismus tabuisiert. Das war eine der Konsequenzen der alliierten Besatzungspolitik und der Verwirklichung alliierter Kriegsziele, letztlich der Orientierungen der alliierten *European Advisory Commission* und auch der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz. Nach 1945 verschwand militanter politischer Antisemitismus im großen und ganzen aus der öffentlichen Sphäre, abgesehen von einzelnen Skandalen, den rechtsextremen Rändern der politischen Kultur, und abgesehen vom offiziellen militanten Antizionismus der Deutschen Demokratischen Republik.⁵ 1949 untersagten die Verfassungen der neu gegründeten zwei deutschen Staaten jegliche Form rassistischer oder religiöser Diskriminierung. Während dieses Verbot in der öffentlichen politischen Sphäre mehr oder weniger wirksam werden konnte, wurden antijüdische, antisemitische Einstellungen zu einer Art geistig-

NS-Vergangenheit. Verdrängung, Pflichterfüllung, Geschichtsklitterung, in: Dan Diner, Hg., *Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit*, Frankfurt am Main 1987, 141 f.; Ruth Wodak u. a., „Wir sind alle unschuldige Täter.“ *Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus*, Frankfurt am Main 1990.

⁵ Siehe hierzu Angelika Timm, *Die verdrängte historische Schuld*, in: *Tribüne* 119 (1991), 140 f.

kultureller Unterströmung.⁶ Das konnte gespürt werden, wann immer antijüdische Stereotype an die Oberfläche kamen, insbesondere im Falle deutsch-jüdischer Konfrontationen.⁷ Die Auseinandersetzung um die Restitution geraubten oder arisierten jüdischen Vermögens im ersten Nachkriegsjahrzehnt ist hierfür nur ein herausragendes Beispiel und wiederholte sich nach 1990 in den neuen Bundesländern.

In den ersten Nachkriegsjahrzehnten wurde der Antisemitismus also in die halb-öffentliche und in die private Sphäre abgedrängt: in erhitzte Gespräche an den Stammtischen, wenn um Welterklärungen gerungen wurde, im Familienkreis oder unter Freunden, wenn Erinnertes und aktuelle Erfahrungen Sinn abgeben sollten. Insbesondere aber in den traditionellen Inhalten des elementaren Religionsunterrichts tauchten antijüdische Phantasmagorien immer wieder auf und wurden von Generation zu Generation weitergegeben. Nichts entzieht sich der dem Quellenstudium verpflichteten historischen Analyse mehr als solcherart halböffentliche oder private Tradierung von Meinungen, Einstellungen und Haltungen. Die Analytiker der amerikanischen Militärverwaltung ließen sich von den damit zusammenhängenden Problemen nicht abschrecken, so daß wir zumindest für die Besatzungszeit über ausreichende Erkenntnisse verfügen, die die Kontinuität des Antisemitismus und dessen wirksame Nachkriegs-Kultivierung betreffen. Zudem geben Oral History-Projekte, die die Übergänge vom Dritten Reich zu den Nachfolgestaaten erfassen, Aufschluß und erlauben, sowohl die Kontinuitäten als auch die Brüche im halböffentlichen und privaten Antisemitismus zu erfassen.⁸

Das Bild vom Juden, stereotypisierte Auffassungen, wie sie während der Jahre der Weimarer Republik und im Dritten Reich die Haltungen gegenüber

6 Vgl. Bergmann u. Erb, *Privates Vorurteil*, wie Anm. 1.

7 Vgl. Frank Stern, *The historic triangle: Occupiers, Germans and Jews in postwar Germany*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 19 (1990), 47–76.

8 Vgl. vor allem Lutz Niethammer, Hg., „Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll.“ *Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet*, Berlin u. Bonn 1983; ders. „Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist.“ *Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet*, Berlin u. Bonn 1983; ders. u. Alexander von Plato, Hg., „Wir kriegen jetzt andere Zeiten.“ *Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nach-faschistischen Ländern*, Berlin u. Bonn 1985; sowie Gabriele Rosenthal, Hg., *Die Hitler-Jugendgeneration. Biographische Thematisierung als Vergangenheitsbewältigung*, Essen 1986; dies. u. Christiane Grote, *Frausein als Entlastungsargument für die biographische Verstrickung in den Nationalsozialismus*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 21 (1992).

den Juden mehrheitsfähig geformt hatten, gingen nach 1945 unterschiedliche Verbindungen mit dem durch die *re-education* und den neuen deutschen Philosemitismus geprägten Bildern von Juden ein. Zentral war hierbei die Herausbildung eines Philosemitismus nach Auschwitz, der in der öffentlichen Sphäre jeglichem Diskurs über jüdische Themen unterlegt wurde. Die Stereotype blieben erhalten, nunmehr allerdings in ihr positives Gegenteil verkehrt. Die Juden wurden selbst noch als Opfer zum „auserwählten Volk“ uminterpretiert, ihre Existenz als Minderheit in der deutschen Geschichte als „jüdischer Beitrag zu deutscher Kultur und Wissenschaft“ hochgelobt. Der Antisemitismus war nun gesellschaftlich anstößig, der Philosemitismus hingegen galt als gesellschaftlich genehm und konform, denn er ermöglichte die vergangenheitsbezogene moralische Weißwaschung der westdeutschen Gesellschaft.⁹

Zweifelsohne war es eine der negativen Folgen der Tabuisierung des Antisemitismus, daß eine kollektive, gesellschaftliche und kritische Aufarbeitung deutscher antisemitischer Traditionen nicht erfolgte. Abgesehen davon standen natürlich auch andere Probleme der Bewältigung der Alltagsnöte auf der Tagesordnung als die selbstkritische und schmerzhaft Befragung der eigenen Vorurteile und Verhaltensweisen. Daß die notwendige selbstkritische Abarbeitung an der jüngsten Geschichte nicht erfolgte, bezeichnete der Schriftsteller und Publizist Ralph Giordano vor einigen Jahren als „die zweite deutsche Schuld“.¹⁰ Das ist insofern von aktueller Bedeutung, da zahlreiche antisemitische Phänomene im vereinigten Deutschland ohne diesen historischen Hintergrund nicht adäquat einzuordnen sind. Die mediengerechten Aufschreie über Friedhofsschändungen und andere antisemitische Vorkommnisse und die Vehemenz, mit der das antisemitische Übel inkriminiert wird, täuschen leicht über seine Beständigkeit und seine Verankerung in der politischen Kultur hinweg.

Der historische Hintergrund latenter antijüdischer Stereotypen verbindet sich heute mit der Neuformung deutscher Identität und deutschen Nationalbewußtseins, die sich oftmals nicht nur auf der extremen politischen Rechten als unverhüllter Nationalismus ausdrücken. Die *longue durée* antisemitischer Einstellungen findet im Einheitsprozeß genügend Katalysatoren sowohl vermeintlicher Distanz zum Dritten Reich als auch antisemitischer Hemmschwellenüber-

9 Zum Verhältnis von Antisemitismus und Philosemitismus vgl. Frank Stern, Im Anfang war Auschwitz. Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg, Gerlingen 1991.

10 Ralph Giordano, Die Zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein, Hamburg 1987.

schreitung. Hierbei ist einschränkend zu betonen, daß wir in den ersten Jahren des vereinigten Deutschland weniger über die definitiven Resultate dieses Prozesses, als über dessen vorläufige Nebenprodukte sprechen können. Wo die im folgenden beschriebenen Entwicklungen geistes-, kultur- und politikgeschichtlich hinführen werden, kann nur angedeutet werden, doch daß sie Auswirkungen sowohl auf das deutsch-jüdische Verhältnis als auch auf das Juden betreffende Selbstverständnis der neuen Bundesrepublik Deutschland haben werden, steht außer Frage. Insbesondere der Vergangenheitsbezug in gesellschaftlich relevanten Bildern von den Juden unterliegt einer kulturellen und ideologischen Erosion.

Deutsch-jüdischer Diskurs und der Prozeß der Vereinigung

In den vergangenen Jahrzehnten gab es keine Frage deutscher Politik und politischer Kultur, die nicht auf die eine oder andere Weise mit der deutschen Vergangenheit, insbesondere mit dem Dritten Reich verbunden war. Während des Einigungsprozesses seit Spätherbst 1989 schien es allerdings, als ob das, was zuvor stets als „jüngste Vergangenheit“ bezeichnet worden war, nämlich das Dritte Reich, einer anderen Vergangenheit Platz machte. Eine neue Periodisierung historischer Erfahrungen vollzog und vollzieht sich im historischen Bewußtsein der Deutschen. In dieser neuen Periodisierung erhält die Zeit vor der radikalen deutschen Einheitswende den Charakter der jüngsten Vergangenheit, einer Vergangenheit, die es zu bewältigen und aufzuarbeiten gilt. Der Begriff Vergangenheitsbewältigung, wie er in den deutschen Medien 1991 und 1992 gebraucht wurde, bezog sich zunehmend auf vierzig Jahre kommunistischer Herrschaft und nicht mehr auf die zwölf braunen Jahre. Seit 1990 sind die deutschen Zeitungen voll mit der Brandmarkung der Verbrechen der DDR- und Stasi-Vergangenheit und der Forderung, die Verbrecher zu bestrafen und den Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Die dabei benutzte Sprache enthält jene Begriffe, die zuvor die Verbrechen unter nationalsozialistischer Herrschaft charakterisiert hatten. Die Nazi-Vergangenheit scheint an den Rand der kulturellen Tagesordnung gerückt zu sein; kollektive Verantwortung gegenüber den verfolgten Juden und ihren Nachkommen scheint obsolet. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß das, was mit der *Entnazifizierung* nach 1945 nur in Halbheiten und Inkonsequenzen mündete, nun mit der *Entstasifizierung*

definitiv erreicht werden soll. Zweierlei Vergangenheiten verzahnen und verschränken sich. Eine Art öffentlichkeitswirksamer Wiederholungszwang schafft Analogien, wo es gar keine gibt, sieht man von passivem Mitläufertum ab. Die Aggressivität, mit der Stasi-Mitarbeiter und Zuträger entlarvt werden, steht in Kontrast zu den Laschheiten und der kollektiven Weißwaschung jener „Mitläuferfabrik“¹¹, die spätestens seit 1946 auf Hochtouren lief. Derartige Entwicklungen wirken natürlich auf das deutsche historische Bewußtsein im Sinne kollektiver Identitäten und gesellschaftlichen Zusammenhalts. Indirekt läuft der Umgang mit der Vergangenheit auf die Frage hinaus: Was beinhaltet deutsches historisches Bewußtsein heute, was ist im Lichte vergangener Erfahrungen ein notwendiges Element für die Erklärung und das Verständnis gegenwärtiger Entwicklungen und Identitäten, und was nicht mehr?

Historisches Bewußtsein ist von zentraler Bedeutung, wenn es um geschichtsverankerte zeitgenössische Legitimität geht. Die hier skizzierte politische Wende ist in diesem Sinne auch eine ideologisch verpackte Zeitwende, die nicht allein dem generationsspezifischen Abstand zum Dritten Reich entspricht.¹² Hier fließen geistig-kulturelle Bedürfnisse, wie sie seit dem Ende der 1970er Jahre vom deutschen Konservatismus formuliert wurden („Aus dem Schatten Hitlers treten.“), ideologische Umorientierungen, wie sie mit Bitburg und im Historikerstreit versucht wurden, mit realen politisch-kulturellen Veränderungen seit Gorbatschows Perestroika und dem Niedergang der realsozialistischen Ordnung in der DDR zusammen. Haben weder Perestroika noch der Niedergang der DDR etwas mit Bildern von Juden und jüdischen Themen im weitesten Sinne zu tun, so ist dies im Hinblick auf die kulturpolitischen Prozesse der Schaffung einer nationalen Identität und politischen Legitimität in Deutschland jedoch wesentlich der Fall.

Versucht man, zentrale Einschnitte im deutsch-jüdischen Verhältnis des vergangenen Jahrzehnts zu vergegenwärtigen, so ist man sogleich an Bitburg erinnert. Mit dem Besuch von US-Präsident Reagan und Bundeskanzler Kohl 1985 auf dem Militärfriedhof in Bitburg, auf dem auch Angehörige der SS begraben worden waren, sollte mit symbolischem Händedruck die Versöhnung der einstigen Kriegsgegner inszeniert werden. Daß dies weitgehend mißglückte, lag

11 Vgl. Lutz Niethammer, *Die Mitläuferfabrik*, Berlin u. Bonn 1982.

12 Zum Begriff der Zeitwende vgl. Richard Koebner, *Geschichte, Geschichtsbewußtsein und Zeitwende*. Vorträge und Schriften aus dem Nachlaß, Gerlingen 1990, 147 f.

unter anderem daran, daß die Absicht der deutschen Bundesregierung, die Rolle Deutschlands im Zweiten Weltkrieg zu relativieren, zu offensichtlich war. Die vehemente Kritik in den USA und in der Bundesrepublik, unter anderen von jüdischen Persönlichkeiten und Organisationen geäußert, wurde zwar von der bundesdeutschen Regierung ignoriert, hinterließ aber einen schlechten Beigeschmack. Es war das erste Mal – sieht man von den ersten Nachkriegsjahren ab – daß nicht nur eine Kontroverse, sondern ein Riß zwischen Vertretern der jüdischen Bevölkerungsgruppe in Deutschland sowie jüdischen Stimmen im Ausland einerseits und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland andererseits öffentlich wurde. Bezeichnenderweise erfolgte dies in einer Frage, die unmittelbar die NS-Vergangenheit betraf, die Rekonstruktion nationaler Geschichte und gesellschaftlicher Erinnerung. Die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker konnte das in Bitburg zerbrochene Geschirr letztlich auch nicht wieder kitten. Drei Jahre später folgte die skandalöse Rede des Bundestagspräsidenten Jenninger zum 50. Jahrestag des Novemberpogroms von 1938.¹³ Die mißglückte Präsentation der Vergangenheit durch Jenninger ließ die Vermutung aufkommen, daß die Passivität oder Komplizenschaft des größten Teils der Bevölkerung des Dritten Reiches hier wenn nicht gerechtfertigt, so doch zumindest relativiert werden sollte. Die Rede wurde zu einem *Faux pas* politischer Kultur, Jenninger mußte zurücktreten. 1991 erfolgte die fällige „Wiedergutmachung“¹⁴ mit Jenningers Akkreditierung als deutscher Botschafter, ausgerechnet in Wien.

In den späten achtziger Jahren war es eine eher akademische Debatte, die sich als äußerst relevant erwies in allem, was den Ort des Dritten Reiches und der rassistischen Vernichtungspolitik in der kollektiven Erinnerung betraf. Im sogenannten Historikerstreit relativierte der renommierte Historiker Ernst Nolte das Dritte Reich und die Einzigartigkeit seiner Judenvernichtung im Hinblick auf die Gesamtgeschichte des deutschen Volkes.¹⁵ Obgleich derartige Positionen in den deutschen Medien bemerkenswerte Gegenstimmen hervorriefen,

13 Vgl. Frank Stern, „Irgendwie mußte das ja mal endlich gesagt werden.“ Die Jenninger-Rede zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht von 1938, in: Ruth Wodak u. Florian Menz, Hg., *Sprachen der Vergangenheit*. Projektbericht, Wien 1992.

14 So *Die Welt* vom 9. 6. 1990.

15 Zur Debatte um die Frage der Historisierung vgl. Saul Friedländer u. Martin Broszat, *Um die Historisierung des Nationalsozialismus*. Ein Briefwechsel, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 36 (1988), 339 f.

blieb dies zunächst ‚nur‘ eine konzeptionelle Orientierung, eine Strömung in der Historiographie. Doch bald darauf erfolgte eine umfassende gesellschafts- und kulturpolitische Wende, die große Teile der Bevölkerung erfaßte: Die nationale Wende hin zur Schaffung eines neuen deutschen Nationalstaates ist in diesem Sinne eine historische Wende weg von den Konsequenzen des Dritten Reiches. Das Dritte Reich und die Verbrechen seiner Bürger werden zu einer vergangenen, ja vergehenden Geschichte im Licht einer Gegenwart, die die vordem theoretisch reflektierte Historisierung nun zu einer geistig-kulturellen Voraussetzung dafür macht, zur nationalen Tagesordnung des Einheitsprozesses überzugehen. Das politische Stichwort heißt Normalisierung. So anormal wie 45 Jahre DDR-Geschichte jetzt erscheinen – an der Normalität von 45 Jahren BRD scheint niemand zu zweifeln –, so verschwindend normal scheinen die dem vorhergehenden Jahrhunderte einschließlich der beklagenswerten zwölf Jahre zu sein. Die viel zitierte „Vergangenheitsbewältigung“, wie gesagt, bezieht sich jetzt auf die Taten und Missetaten des überwundenen sozialistischen Regimes.

Mit der Zeitwende geht eine Wende im öffentlichen Diskurs und eine Wendung im historischen Bewußtsein der Deutschen einher. Nationale Identitäten sind nicht einfach da, sie entstehen in komplexen politisch-kulturellen Prozessen und schaffen sich nicht unwesentlich selbst unter der Prägekraft geschichtlicher Veränderungen. Insofern kann man auch nicht einfach unhistorisch an den bewährten deutsch-jüdischen Diskursen oder der traditionellen Antisemitismus-Analyse festhalten. Zu fragen ist, welche geschichtsträchtigen Anlässe zu Metamorphosen des antijüdischen Diskurses führen und wie wirksam solche Veränderungen sind. Dies sei kurz verdeutlicht. Um den 8. Mai 1990 spielte der Jahrestag des Sieges über die NS-Herrschaft in den Medien keine nennenswerte Rolle mehr. Das war ein eklatanter Unterschied im Vergleich zum 8. Mai 1985, selbst noch zum gleichen Datum des Vorjahres. Damals hatte der öffentliche Diskurs noch einen eindeutigen Bezug auf die Zeit bis 1945. 1990 überdeckte die öffentliche Debatte über Probleme des Einigungsprozesses und die künftige Gestalt des Einheitsstaates alle weiter zurückreichende Erinnerung. Der 8. Mai 1945 war sozusagen dem relevanten Erinnerungs-Diskurs entrückt, er bildete keinen wesentlichen Bestandteil der rekonstruierten Gegenwart mehr. Die Massenmedien betonten denn auch im Gefolge zahlreicher Politiker unterschiedlicher parteipolitischer Herkunft das definitive Ende der Nachkriegszeit im Hinblick auf Deutschland und die Entstehung einer neuen europäischen Ordnung. Nicht wenige Kommentatoren und Intellektuelle sahen

diese offensichtliche Herausforderung durchaus in zweierlei Richtung: zum einen den neuen und gewachsenen Anforderungen nationaler Politik zu entsprechen, zum anderen danach zu fragen, wie denn mit Deutschlands vorhandenen Verpflichtungen umzugehen sei, die sich aus der Politik des Dritten Reiches und dem Zweiten Weltkrieg ergeben hatten. Die Debatte über die Ostgrenzen mit Polen, das Hin und Her über einen Vertrag mit der Tschechoslowakei und die deutsch-jüdischen Beziehungen sind hier in erster Linie zu nennen.

Es ist in diesem Kontext erwähnenswert, daß die Regierung der DDR, kurz bevor die Einheit hergestellt wurde, mit einem „Bekenntnis zur Last der deutschen Geschichte“ an die Öffentlichkeit trat. In dieser Erklärung akzeptierte die DDR die Schuld für die deutschen Verbrechen, die während der NS-Herrschaft an den Juden Europas begangen worden waren. In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat es eine dieser Erklärung vergleichbare Aussage nie gegeben. Analoge Verlautbarungen waren halbherzig und bezogen sich stets nur auf Verbrechen, die „im Namen des deutschen Volkes“, wie es schien aber nicht von Deutschen begangen worden waren. Eine kollektive Schuld im Sinne der von Deutschen verübten Verbrechen war niemals akzeptiert worden, wenngleich im Gefolge des Luxemburg-Abkommens mit Israel und jüdischen Organisationen materielle „Wiedergutmachung“ eine Art Schlüsselwort der neuen deutsch-jüdischen Beziehungen wurde. Die DDR-Erklärung andererseits blieb jedoch völlig konsequenzlos, weil der zweite deutsche Staat sang- und klanglos von der Landkarte Europas verschwand. Der wirkliche Gehalt dieser Erklärung konnte nicht im Licht der politischen Wirklichkeit überprüft werden, die jüngste Ablehnung der Bundesregierung, Restitutions- und Wiedergutmachungsleistungen, wie sie sich aus dem Verschwinden der DDR ergeben, zu übernehmen, deutet allerdings auf ein Stück unbewältigte Zukunft hin. Zugleich wird die Bundesrepublik nicht umhin können, einem Teil der Forderungen zu entsprechen, wie sie von jüdischen Verfolgten des Nazi-Regimes und deren Nachkommen erhoben werden. Als sich die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und andere deutsche Medien im Gleichklang mit den Regierenden gegen erneute „jüdische“ Forderungen verwarnten und dabei auf weitgehende Zustimmung der Bevölkerung bauen konnten, haben sie – die Unkenntnis der Öffentlichkeit voraussetzend – die ratifizierte Zusatzvereinbarung zum Einheitsvertrag bewußt ignoriert. Hier wird in Artikel 2 ausdrücklich betont, daß die Bundesrepublik „für eine gerechte Entschädigung materieller Verluste der Opfer des NS-Regimes einzu-

treten“ habe.¹⁶ Ein Bekenntnis zur materiellen Verantwortung gegenüber den Juden paßte offensichtlich nicht in die krisenhafte wirtschaftliche Situation. Dabei konnte, ohne in irgendeiner Weise offen antisemitisch zu werden, auf ein latentes antijüdisches ökonomisches Vorurteil vertraut werden, um Konsens mit der Linie der Bundesregierung herzustellen. Der antisemitische Diskurs lebt hier von Konnotationen, Andeutungen und Stimmungen, ohne sich offen antisemitischer Argumente zu bedienen. Die anti-antisemitische Norm war derart löchrig geworden, der Philosemitismus in dieser Frage so abgeschliffen, daß das antijüdische Vorurteil gesellschaftsfähig werden konnte.

Wesentlicher noch als die Unruhe, die die Erklärung der DDR erzeugt hatte, oder als die 1992 gestellte Frage erneuter Entschädigung, war 1990 die Debatte um den Inhalt der Präambel zum Einheitsvertrag beider deutscher Staaten. Vertreter der Jüdischen Gemeinden in der Bundesrepublik verlangten eine unmißverständliche Formulierung, die sich auf die unter der NS-Herrschaft begangenen Verbrechen und die sich daraus ergebende Verantwortung beziehen würde. Bundesregierung und Bundestag wiesen ein derartiges Ansinnen mehr oder weniger von sich. In Reden von Bundeskanzler Kohl oder Bundespräsident von Weizsäcker konnte man zwar Bezüge finden, die auf eine politische und moralische Verantwortung hindeuteten. Jedoch wurde diese Verantwortung nicht weiter spezifiziert und bezog sich auf vage Vergangenheiten. In Reaktion auf internationale, auch jüdische Stimmen, die angesichts derartiger Haltungen oder gegenüber dem Einigungsprozeß Skepsis artikulierten, erfolgten in Politikerreden Referenzen auf eine „besondere Verantwortung“ in den deutsch-jüdischen und deutsch-israelischen Beziehungen. Das focht die Entscheidungsträger bei der endgültigen Formulierung der Präambel jedoch nicht an. In der endgültigen Fassung heißt es in der entscheidenden Passage der Präambel: „Im Bewußtsein der Kontinuität deutscher Geschichte und eingedenk der sich aus unserer Vergangenheit ergebenden besonderen Verantwortung für eine demokratische Entwicklung in Deutschland, die der Achtung der Menschenrechte und dem Frieden verpflichtet bleibt (...).“¹⁷

16 Verträge zur deutschen Einheit, Bonn 1991, 81.

17 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands, in: Verträge zur deutschen Einheit, Bonn 1991, 41.

Hiermit war in dem entscheidenden Dokument zur Schaffung des neuen deutschen Nationalstaats jeglicher Bezug auf die Verbrechen an den Juden Europas und an den Völkern Europas weggefallen. Der Vergangenheitsbezug und die „besondere Verantwortung“ sind in die Kontinuität deutscher Geschichte eingebettet, ein Bezug auf die historische Zäsur des Dritten Reiches ist nicht vorhanden. Liest man die Präambel vor dem Hintergrund von Bitburg und des Historikerstreits, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die historische Stunde für die Versöhnung Deutschlands mit der eigenen Geschichte mit dem Zeitpunkt der Einheit definitiv herangereift war. Anders als 1949 oder 1951/2 galt das Verhältnis zu den Juden nicht mehr als Prüfstein der deutschen Demokratie. Auch 1949 waren die politisch-moralischen Forderungen der überlebenden Juden zunächst ignoriert worden, bekamen aber dann in der politischen Öffentlichkeit aufgrund des Drucks der Vertreter der USA in Deutschland wachsende Bedeutung. 1990 konnte von einem derartigen Einfluß nicht mehr die Rede sein. Die Bundesrepublik wünschte nicht mehr, im Hinblick auf ihre Vergangenheit beurteilt zu werden, wenn die Verbrechen des Dritten Reiches als der Fokus dieser Vergangenheit galten. Anders gesagt: Gemäß dem sich entwickelnden deutschen Nationalgefühl veränderte sich der Inhalt dessen, was als Geschichte erinnert werden soll. Der zweite deutsche gesellschaftliche Umbruch nach 1945 impliziert offensichtlich eine scharfe Wende zur Zukunft, gekoppelt mit einer hochgradig selektiven Version von der deutschen Vergangenheit. Mit der Präambel wurde eine zukunftsorientierte Chance für das deutsch-jüdische Verhältnis von den Entscheidungsträgern der Bundesrepublik vertan.

Nun ist das gewiß nicht simplifizierend als antisemitisch zu bezeichnen. Worum es hier geht, ist die Wahrnehmung von kontextuellen und strukturellen Veränderungen auf der deutschen Seite des deutsch-jüdischen Verhältnisses, die ein geistig-kulturelles Umfeld schaffen helfen, in welchem dem latenten und manifesten Antisemitismus zunehmend Tür und Tor geöffnet werden. Wenn die Vergangenheit offiziell entlastet wird, warum soll sich dann der vorurteilsbeladene Bürger noch an bislang kulturell und politisch verordnete Schranken halten?

Der künftige Ort von Auschwitz in der deutschen Erinnerung

Der neunte November, an dem die Mauer fiel, war zwar kurzfristig als möglicher nationaler Feiertag debattiert worden. Doch erhoben sich zu viele Stimmen, die an die Pogromnacht dieses Datums von 1938 gemahnten. Der unbelastetere 3. Oktober wurde der Tag der Einheit. Nach dem 9. November 1989 konnte man in Berlin ein T-Shirt mit der Aufschrift sehen: „9. November – Ich war dabei.“ Der geschichtliche Doppelsinn entging den Trägern wie den Beobachtern angesichts der gerade durchlebten historischen Ereignisse. Wird dieses Datum künftig eher mit dem Jahr 1989, mit dem Jahr 1938 oder mit beiden deutschen Ereignissen verbunden werden? Daß es hier um das Auf und Ab grundlegender Bezüge im deutschen historischen Bewußtsein geht, machen die Überlegungen eines Journalisten vom April 1990 deutlich:

„Nachdem die Mauer gefallen ist, wird die Oder-Neisse-Grenze völkerrechtlich bald endgültig anerkannt werden und diesen Schlußstrich ziehen – weit westlich von Oświęcim. ‚Auschwitz‘ wird dann im Bewußtsein vieler, zumal junger Deutscher endgültig in Polen liegen – (...) ‚im Osten‘: Ein Ort jenseits der neuen, endgültigen Ostgrenze, ein Ort außerhalb der neuen deutschen Zukunft. (...) ‚Auschwitz‘ wird allmählich zu einem Verbrechen an Namenlosen im Ausland werden, vollzogen in einem vergangenen Jahrhundert, an einem Ort, der längst einen anderen Namen trägt; und benannt mit einem fremden Wort: Holocaust.“¹⁸

Der Autor illustriert mit diesem kritischen Kommentar jene Wende im geschichtlichen Bewußtsein, die von etwa 58 Prozent der deutschen Bevölkerung bestätigt wird, die endlich einen Schlußstrich unter die Beschäftigung mit dem Dritten Reich und mit der Massenvernichtung ziehen wollen. Dies wird durch Ausstellungen, Publikationen und Veranstaltungen konterkariert, die sich bemühen, die Erinnerung wachzuhalten. Dies allerdings erfolgt in seltsam anmutender Distanz, die kaum emotionale Nähe aufkommen läßt. Die Ausstellung *Jüdische Lebenswelten* in Berlin von Anfang 1992 ist hierfür ein Beispiel. Die jüdische Geschichte erscheint als entrücktes Kuriosum, Exotik, mit der der heutige Betrachter kaum noch zu tun hat. Nicht auf aktuelle Verantwortlichkeiten wird mehr Bezug genommen, sondern ein harmonisierendes und romantisierendes Bild jüdischen Lebens vor 1933 präsentiert. Nicht so sehr, daß jüdische

18 T. W. Krauel, in: Rheinischer Merkur/Christ und Welt vom 6. 4. 1990.

Gegenwart und Vergangenheit sowie die Erinnerung an die Massenvernichtung nicht mehr präsentiert werden ist zu kritisieren, sondern ihr Abschieben in Formen kultureller Inszenierungen, die vor allem eines erreichen: Distanzierung zu schaffen und vorhandene Distanzen zu verstärken. Für die politische Sphäre wird damit der letztlich unverbindliche Hinweis auf die zuschauerwirksame Repräsentation ermöglicht. Hier liegt auch eine Analogie zu den 1950er Jahren. Damals wurde die Auseinandersetzung mit der Judenverfolgung aus dem politischen Raum in besondere Institutionen, wie in Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und in die Kirchen verdrängt. In den 1980er und 1990er Jahren erfolgt eine analoge Verschiebung in den künstlerischen und kulturellen Raum. Damit wird ein mögliches aufklärerisches Gegengewicht gegen antisemitische Strömungen entpolitisiert, die kurzfristige emotionale Betroffenheit, die der Ausstellungsbesuch auslösen kann, steht nicht im Bezug zu konjunktureller Xenophobie, Schändungen jüdischer Friedhöfe und antisemitischen Meinungsäußerungen. Demgegenüber ist die Ausstellung über den *Jüdischen Kulturbund*, ebenfalls Anfang 1992 in Berlin an der Akademie der Künste, hervorzuheben, die im wahrsten Sinne des Wortes dem Betrachter keinen Ausweg läßt, als sich mit der deutschen Verantwortung zu befassen. Der Besucher, am Ende der Ausstellung angekommen, steht vor einem Schild, das auf die Vernichtungslager verweist. Er kann nicht daran vorbei- und hinausgehen, sondern er muß den ganzen Weg des jüdischen Untergangs in Deutschland erneut zurücklegen. Das kann Geschichtsverständnis schaffen. Bloß, wer außer Interessierten und einigen wohlmeinenden Lehrern mit ihren Schulklassen ist hier anzutreffen? Aber auch hier handelt es sich um eine ästhetische Repräsentation, die zunächst auf Betroffenheit zielt. Selbst die beste Ausstellung ersetzt nicht die Veränderung politisch-kultureller Prämissen. Der Einheitsprozeß ist ein Katalysator der Veränderung historischen Bewußtseins, der wohl auch durch gegenläufige kulturelle und künstlerische Repräsentationen nicht aufgehalten werden kann.

Die wachsende Fremdenfeindlichkeit ist Ausdruck eines Umkippens des sich gerade erst formierenden neuen Nationalgefühls in nationalistische Stimmungen und Aktivitäten. Die selbst angelegten nationalen Zügel, jene Beschränkungen, die sich in Philosemitismus und nationaler Zurückhaltung äußerten, sind, wie die *New York Times* feststellte, einer neuen deutschen *assertiveness* gewichen. Das dumpfe Urgefühl „Wir sind wieder wer!“ schafft sich Platz und läßt angestaute Phobien an die Oberfläche des gesunden Volksempfindens schwappen. Das ist sicherlich auch Teil des Prozesses der deutschen Normalisie-

rung, in dem eine deutsche Mehrheit sich von der Vergangenheit distanziert und vorhandene Aversionen gegen alle möglichen Minoritäten offener verhandelt.

Das war zumindest der unterschwellige Tenor in einer anderen Debatte, die keinesfalls als abgeschlossen zu betrachten ist. Es handelt sich um die jüdischen Emigranten aus den Ländern der ehemaligen UdSSR. Politiker, Parteienvertreter und Beamte diskutierten in aller Länge die Zahl derjenigen Juden, die nach Deutschland „hineingelassen“ werden sollten. Der Begriff „Kontingent“ wurde genutzt, der einst bürokratisch umschrieb, wieviele Juden in die Vernichtungslager deportiert werden sollten. Was bereits in der Präambel-Debatte offensichtlich war, wiederholte sich: Die Lage der jüdischen Migranten wurde nicht auf Deutschlands Vergangenheit und die in Sonntagsreden viel zitierte „besondere Verantwortung“ bezogen, sondern nur im Hinblick auf Deutschlands aktuelle wirtschaftliche und soziale Probleme verhandelt. Juden, die sich im vereinigten Deutschland niederlassen wollten, spielten keine wesentliche Rolle im öffentlichen Diskurs. Nach dem Golfkrieg von 1991 zeigte sich eine merkwürdige Verbindung. Die Bundesregierung rechtfertigte ihre Zurückhaltung in bezug auf die Anzahl einwandernder Juden mit Verweis auf die israelische Einwanderungspolitik. Der *New Yorker Aufbau* benannte das scheinbare Dilemma, indem er darauf hinwies, daß das Fehlen deutscher Solidarität mit Israel während des Golfkrieges nicht auf Kosten der Juden aus der ehemaligen Sowjetunion kompensiert werden sollte. Es gehe nicht an, daß ihnen die Tür vor der Nase zugeschlagen werde.¹⁹

Diese Beispiele zeigen nicht allein die Komplexität des deutsch-jüdischen Verhältnisses, sie zeigen auch, daß selbst in der Zeit nach der Wiedervereinigung Deutschlands trotz eingreifender Veränderungen im historischen Bewußtsein der Deutschen eine Verbindung mit jüdischer Gegenwart und Vergangenheit existierte. Allerdings soll hier nicht der Eindruck erweckt werden, daß der deutsch-jüdische Diskurs im Vereinigungsprozeß von zentraler Bedeutung gewesen wäre. Er war zwar vorhanden, wurde aber immer marginaler. Die Reaktionen auf den Einwanderungswunsch tausender Juden waren nur noch Teil der Reaktionen auf den Einwanderungswunsch anderer Gruppen oder – wie es üblicher Sprachgebrauch wurde – auf die „Einwanderungsflut“ und die viel beschworene drohende „Überschwemmung mit Fremden“.

19 *Aufbau* vom 29. 3. 1991.

Latente antijüdische Gefühle konnten jetzt spürbar werden, die keinen Bezug mehr zum Programm der Massenvernichtung hatten und nur noch sehr diffus mit dem offiziellen Antisemitismus des Dritten Reiches zu tun hatten. Meinungen, Haltungen und Verhaltensweisen haben eine starke Ähnlichkeit mit den in der Weimarer Republik vorherrschenden Formen und Inhalten des Antisemitismus. Dabei handelt es sich um kulturellen, sozialen, politischen und, wo es wie in den neuen Bundesländern um die Restitution oder Entschädigung jüdischen Eigentums geht, auch um wirtschaftlichen Antisemitismus. Der Prozeß der politischen und gesellschaftlichen Normalisierung in Deutschland ist von antisemitischen Stimmungen begleitet, die zwar vom Rechtsextremismus ausgenutzt und gefördert werden, aber nicht auf rechtsextremistische und rassistische Weltbilder reduziert werden können. Dennoch ist die Verbindung und Wechselwirkung von Rechtsextremismus, Neo-Nazismus, Fremdenhaß und Antisemitismus nicht zu übersehen.

Rechtsextremismus, Xenophobie und antijüdisches Gefühl

Die manifeste Fremdenfeindlichkeit und rassistische Gewalt, die in den alten und neuen Bundesländern die ersten Jahre des vereinigten Deutschland kennzeichnen, haben ihren Herd in rechtsextremistischen, neo-nazistischen Organisationen und Institutionen.²⁰ Der rasante Erfolg rechtsextremer Parteien bei Landtagswahlen und in Berlin bei Bezirkswahlen unter der Fahne nationalistischer Fremdenfeindschaft belegt aber genauso eindeutig wie diverse Meinungsumfragen, daß sich hier nicht allein Ewiggestrige zu Wort melden, sondern eine rechtspopulistische Basis nach adäquatem Ausdruck sucht. Es ist beliebt, von Protestwahl und Politikmüdigkeit angesichts der so krisenreichen und korrupten politischen Eliten zu sprechen, um nicht davon zu reden, daß die rechten Ränder der CDU/CSU offensichtlich nicht mehr so integrationsfähig sind wie in den vergangenen Jahrzehnten. Das Schlagwort von der Politikmüdigkeit mißachtet jedoch die Tatsache, daß gerade Wahlen, Massenstreiks und Umbesetzungen im Bonner Kabinett eine Intensivierung öffentlichkeitswirksamer politischer Prozesse ausdrücken.

20 Vgl. u. a. Christoph Butterwege u. Horst Isola, Hg., *Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Randerscheinung oder Gefahr für die Demokratie?*, Berlin 1991.

In den Medien nehmen insbesondere die Skinheads breiten Raum ein, obwohl antidemokratische Aktivitäten ebenso, oft nur weniger gewalttätig, vom diffusen Spektrum rechtsextremistischer Parteien, Organisationen und Institutionen ausgehen. In einzelnen Fällen zielt die Gewalttätigkeit auch direkt oder indirekt auf Jüdinnen und Juden. Im Herbst 1992 sind derartige gewalttätige Aktionen insbesondere gegen die Erinnerung an die NS-Vernichtungspolitik und die jüdischen Opfer des Dritten Reiches gerichtet. Im Zentrum Berlins wurde eine Skulptur, die dem Gedenken der deportierten Berliner Juden gewidmet ist, durch einen Bombenanschlag von Rechtsextremisten beschädigt. Nach seiner Festnahme sagte einer der Täter, er könne Ausländer und Juden nicht leiden. Nur kurze Zeit später wurde die „jüdische Baracke“ im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen und die darin befindliche Ausstellung durch Brandstiftung schwer beschädigt. Die Relativierung der Verbrechen an den Juden Europas im politischen Mainstream wird durch die *lunatic fringe* mit dem Verbrennen vergegenständlichter Erinnerung begleitet.

Gewichtiger noch ist die andauernde Nutzung antisemitischer, rassistischer Klischees, Bilder und ideologischer Versatzstücke der NS-Zeit. Sicherlich ist nicht jegliche Gewalt gegen Fremde, Asylsuchende und Migranten aus Osteuropa durch antisemitische Vorurteile motiviert, aber es ist bedeutsam, daß in allen rechtsextremistischen Aktivitäten eine antisemitische Strömung offen oder verkleidet existiert. Diese Enttabuisierung des antijüdischen Denkens kommt indirekt auch in Äußerungen einzelner Politiker zum Vorschein. Der antijüdische Diskurs erscheint angebunden an Neubestimmungen nationaler Identität, nationalistische Haltungen, aggressive xenophobische Identitätsbestimmungen und revisionistische Geschichtsklitterung.

Der Kampfruf „Deutschland den Deutschen!“ verbindet alle rechtsextremistischen Aktivitäten. Hinsichtlich des lang-existierenden rechtsextremistischen Lagers und seines unmittelbaren Umfeldes ist das nichts Neues. Es bekommt seine zeitgeschichtliche Relevanz durch den schweigenden Konsens der Zuschauer bei rechtsextremen Gewalttaten, durch ihre Passivität und oft noch nicht einmal mehr insgeheime Zustimmung. Die Bilder wiederholen sich und ebenso die Passivität der Polizei, die oft eher gegen die nicht genehmigten Gegendemonstrationen vorgeht als gegen die ordentlichen und disziplinierten Rechtsextremisten. Erhebliche Teile der Medien und einer aufgeschreckten demokratischen Öffentlichkeit reagieren mit vehementen Verurteilungen, um dann ebenfalls die Beschränkung der Einwanderung zu fordern, statt das Problem

der Fremdenfeindlichkeit zum Tagesthema zu machen. Das heißt, nicht die xenophoben Einstellungen und Verhaltensweisen wachsender Teile der deutschen Bevölkerung stehen im Zentrum, sondern die administrative Reaktion auf die Fremden, wer auch immer dazu gezählt wird. Dies scheint mir einer der Schnittpunkte zu sein, an dem wachsender Fremdenhaß und traditioneller Antisemitismus zusammenlaufen. Die von der Antisemitismus-Analyse weitgehend ins Abseits geschobene Sündenbock-These feiert in fremdenfeindlichem Gerede, im alles Nichtdeutsche ausgrenzenden sozialen Gehabe fröhliche Urständ. Bekannte Denkformen antijüdischer Wahrnehmung sozialer Sachverhalte, wie sie charakteristisch für deutsche Krisenerfahrungen in der Vergangenheit sind, schimmern durch den aktuellen fremdenfeindlichen Diskurs hindurch.

Offensichtlich handelt es sich hier um eine komplexe Beziehung, um sozialpsychologische Wechselwirkung. Lang existierende Vorurteilsstrukturen, latente antijüdische Traditionen, Abwehr alles als bedrohlich oder minderwertig Empfundene verbinden sich mit sozialen Krisenerfahrungen, mit der Wahrnehmung kultureller Umbrüche in einer Gesellschaft, die ständig über ihre vereinigten Identitäten stolpert. Die forcierte Abwehr alles Fremden resultiert auch aus dem offensichtlich notwendigen Überspielen der Diskrepanzen zwischen alten und neuen Bundesländern. Der gemeinsame Nenner liegt hier in der negativen Abwehr und Schuldzuweisung. Der Schritt vom „Hast du was, dann bist du was“ zum „*Haßt* du was, dann bist du was“ ist oft nur kurz.²¹ Die Verachtung von Minderheiten, der Haß auf alles Nichtdeutsche, Fremde ist eine Art Basiskonsens des Rechtsextremismus. Die Vereinfacher sind wieder am Werk. Angefeuert durch eine scheinheilige Massenpresse können Arbeitslosigkeit, fehlende Wohnungen und mangelnde berufliche und gesellschaftliche Aussichten mit der „Ausländerflut“ erklärt werden. Nun könnte man vorschnell meinen, allein die Lösung sozialer Probleme wäre der Ausweg. Die Lösung wirtschaftlicher Probleme ist jedoch nicht identisch mit der Überwindung rassistischer und rechtsextremistischer Einstellungen und Aktivitäten. Es ist in diesem Zusammenhang nicht unwesentlich zu berücksichtigen, daß die vorwiegend männlichen Skinheads zum Teil in Lohn und Brot stehen. Es müssen folglich noch andere Faktoren zur Erklärung der Formierung und Entwicklung des Rechtsextremismus herangezogen werden. Der gemeinsame Nenner verschiedener antidemokratischer Tendenzen liegt zweifelsohne im wachsenden Gewicht

21 Vgl. Bartholomäus Grill, „*Haßt* du was, dann bist du was“, in: Die Zeit vom 29. 5. 1992.

des Nationalismus. Das Pendel, das nach 1945 in Richtung der Diskreditierung des deutschen Nationalismus ausschlug, bewegt sich nach der Veränderung der deutschen Zeitrechnung nun wieder in die andere Richtung.

Nationale Identität, Nationalismus und antijüdischer Diskurs

Die deutsche nationale Identität ist nicht statisch, sondern unterliegt dem Wechsel von politischen, kulturellen und ökonomischen Akzenten.²² Die neue politische deutsche Identität ist formal mit der Vereinigung der zwei deutschen Staaten hergestellt worden. Die kulturelle, soziale und ökonomische Unruhe, verursacht durch den überhasteten Prozeß der Vereinigung, hat zugleich viele kulturelle und wirtschaftliche Probleme aufgeworfen, für die es keine einfachen Lösungen gibt. Der Niedergang der kulturellen, ideologischen und sozialen Identitäten der ehemaligen DDR führte nicht unmittelbar zu einer Übernahme der westdeutschen Werte- und Ideologiesysteme in allen Teilen der Bevölkerung. Unterdrückte antidemokratische, autoritäre, rechtsextreme und antisemitische Unterströmungen gerieten an die Oberfläche, konnten benutzt und zügig in die existierenden westdeutschen rechtsextremistischen Strukturen integriert werden. Die Angst im Westen, Erreichtes zu verlieren, und die Angst im Osten, Erwartetes und Versprochenes nicht zu erreichen, ergänzen einander und führen unter anderem auch über die Sündenbockangebote rechtsextremer Parteien und Organisationen zu deren Erfolgen. Der entscheidende Punkt liegt hier in der Verbindung wirtschaftlicher und kultureller Identitäten.

Die Krise der ökonomischen und kulturellen deutschen Identitäten vollzieht sich in einer Periode zunehmenden Nationalgefühls. Deutschsein ist weder Teilungsbewußtsein noch partielle Zugehörigkeit, sondern ein zumeist unklarer Gesamtzustand, dessen offensichtliche Zerrissenheit die Suche nach sinnstiftender Einheit verstärkt. Die gegenwärtige Überbetonung des Trennenden zwischen den vereinigten deutschen Teilen dient hier auch als ein Mittel der Retusche am Harmonie suchenden aufstrebenden Nationalgefühl. Das Ende des ‚Genscherismus‘ ist in diesem Zusammenhang auch das Ende einer selbstauferlegten internationalen Bescheidenheit, an die man sich in den kommenden Jahren nur noch sehnsüchtig erinnern wird. Die Reflektionen von Deutsch-

22 Harold James, *A German identity 1770–1990*, London 1989.

lands neuem internationalen Status sind daher auch innenpolitischer, mentalitätsgeschichtlicher Natur. Die Überlagerung der NS-Vergangenheit mit der Stasi-Vergangenheit und die im Vergleich mit Deutschland relative Schwäche der westlichen Großmächte, von der nicht mehr vorhandenen östlichen Großmacht ganz zu schweigen, entrücken den Genozid an den Juden Europas und die anderen Verbrechen Deutscher während des Dritten Reiches den identitätsorientierten öffentlichen Diskursen. Ein wesentliches Element des historischen Bewußtseins verliert seine ideologische Binde- und Prägekraft. Dies ist auch einer der Gründe, warum in Reden und Ausstellungen nach einer Art nationalen Ruhepause wieder verstärkt auf die Vorvergangenheit Bezug genommen wird. Nicht wenige Intellektuelle verspüren hier ein Desiderat. Veröffentlichungen von Jürgen Habermas oder Günter Grass können jedoch genauso wenig über den Erinnerungsverlust hinwegtäuschen wie die Stellungnahmen jüdischer Gemeinden oder anregende jüdische Kulturaktivitäten. Die im historischen Maßstab wirklich eingreifende Umerziehung nach der Zäsur des Dritten Reiches erfolgte nicht unmittelbar nach 1945, sondern vollzieht sich nach dem Ende der Nachkriegszeit in Deutschland seit 1989. Die nationale deutsche Identität entledigt sich im öffentlichen Diskurs ihrer dunklen Seiten, die durch die Erinnerung an das Dritte Reich bestimmt waren. Der Verlust dieser wie ein kultureller Filter wirkenden Erinnerung schafft ein geistiges Vakuum, um dessen Füllung es in der ersten Hälfte der 1990er Jahre geht. Die ersten Jahre nach dem Fall der Mauer deuten auf eine ausgesprochen ethnische Welle hin, die in dieses Vakuum spült.

In der jungen Generation läßt sich in diesem Zusammenhang eine enge Wechselwirkung feststellen: starke Ausprägungen nationaler Identität und autoritäre Einstellungen führen, verbunden mit niedrigerem Bildungsniveau, zu zunehmender Ablehnung von Fremden.²³ Zwar sind Fremdenfeindschaft und anti-jüdisches Sentiment nicht identisch, aber sie sind verbunden, zwischen ihnen besteht eine Wechselwirkung.²⁴

Der sich erneuernde deutsche Nationalismus hat viele Seiten und kann nicht einfach auf vergangene Formen des deutschen Nationalismus reduziert

23 M. Brusten u. B. Winkelmann, The understanding of the Holocaust and its influence on current perspectives of German youth. An overview of a quantitative research on attitudes of pupils and students, in: Soziale Probleme 3 (1992), 20; vgl. auch Wolfgang Pohrt, Der Weg zur inneren Einheit. Elemente des Massenbewußtseins BRD 1990, Hamburg 1991, 202 f.

24 Vgl. Bergmann u. Erb, Antisemitismus, wie Anm. 1, 205 f.

werden.²⁵ Der deutsche Nationalismus ist nicht eine eingemottete Biedermeiermütze, die nach Belieben aus dem historischen Inventar geholt wird. Der deutsche Nationalismus ist hochgradig dynamisch. Im Zentrum der deutschen politischen Kultur bezieht er sich heute auf Deutschlands erfolgreiche wirtschaftliche und soziale Entwicklung nach 1945, auf die Anziehungskraft des Modells Deutschland auf Ostdeutsche und Osteuropäer. Der Magnet Westdeutschland hat sozusagen seine Probe bestanden. Auf der politischen Rechten bezieht sich der neue deutsche Nationalismus auf das Verlangen nach einem neuen machtpolitischen Ort für Deutschland und auf eine Rekonstruktion, die ethnisch durch und durch deutsch ist. Bereits 1981 fanden 27 Prozent der Bevölkerung die Meinung teilweise richtig, daß das deutsche Volk „rein“ erhalten werden sollte, frei von jeglicher Vermischung mit anderen Völkern.²⁶ Diese Umfrageergebnisse von vor zehn Jahren deuten darauf hin, daß wir nicht mit völlig neuen Tendenzen konfrontiert sind, sondern mit latenten Dispositionen, die jetzt in politisches Verhalten umschlagen. Daher kann der Nationalismus auch in gesellschaftlichen Bereichen Fuß fassen, die in der Vergangenheit nicht durch rechtsextremistische Aktivitäten gekennzeichnet waren. Abgestufte Formen von Verständnis für die Gewalt gegen Ausländer und Asylsuchende zeigten in Westdeutschland 38 Prozent und im Osten Deutschlands 21 Prozent. Erst durch die schweigende und auch artikulierte Zustimmung konnte der Fremdenhaß seine öffentliche Wirkung zeigen. Bei den unter Dreißigjährigen offenbarten 37 Prozent im Westen und 30 Prozent im Osten dieses Verständnis.²⁷ Dies zeigt, daß die Erziehung gegen den Rassismus in Ostdeutschland zumindest in den älteren Generationen einen gewissen Erfolg hatte.

Analytisch ist hier das Momentum relevant. Die Ablehnung alles Fremden entwickelt sich als eine Art politisch-kultureller Konsens in einer Periode sich neu definierender nationaler Identität. Verschiedene Umfrageergebnisse zeigen, daß man unter den Gruppen, gegen die sich Xenophobie richtet, stets auch Juden finden kann. Fast alle Deutschen mit fremdenfeindlichen Einstellungen vertreten auch antijüdische Auffassungen.²⁸ Nach fünfundvierzig Jahren an-

25 Vgl. Hajo Funke, „Jetzt sind wir dran.“ Nationalismus im geeinten Deutschland. Eine Streitschrift, Berlin 1991.

26 5 Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben...“. Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, Reinbek 1981, 109.

27 Vgl. Der Spiegel, wie Anm. 1.

28 Vgl. Bergmann u. Erb, Antisemitismus, wie Anm. 1, 209.

tirassistischer Erziehung in beiden Teilen Deutschlands werden Juden immer noch – oder auch wieder – von Teilen der Bevölkerung als Fremde betrachtet. Die kulturelle Dimension des neuen deutschen Nationalismus ist nicht einfach eine Weiterentwicklung der doppeldeutschen Bewahrung der gemeinsamen Kulturtradition, sondern eine ethnische Emanation des deutschen historischen Bewußtseins. Und das sollte zu denken geben.